

Antrag: **NRW muss finanziellen Kollaps der Kommunen verhindern**

Antragstellerin: **Sozialistische Linke**

*Der Landesparteitag möge beschließen:*

Im Zuge der „Coronakrise“ sind die kommunalen Einnahmen aus Gewerbe- und Einkommenssteuer eingebrochen. Die Ausgaben für den Gesundheitsschutz und die Sozialausgaben der Kommunen sind hingegen zeitgleich enorm angestiegen.

Das Konjunkturpaket der Bundesregierung ersetzt die Gewerbesteuer ausfälle der Kommunen für dieses Jahr. Eine Anschlussfinanzierung hat das Land Nordrhein-Westfalen nicht vorbereitet. Es ist deshalb absehbar, dass 2021 die Einnahmeausfälle voll auf die Kommunalhaushalte durchschlagen. Den NRW Kommunen werden voraussichtlich ab 2021 mindestens 10 Mrd. Euro weniger zur Verfügung stehen. Der Finanzbedarf und die Einnahmen der Kommunen werden immer weiter auseinanderklaffen. Ab 2021 wird sich die Lücke erheblich ausweiten.

Damit dies verhindert wird, muss das Land NRW einspringen und die kommunalen Einnahmeausfälle ausgleichen. Das Land hat im Gegensatz zu den Kommunen bspw. Möglichkeiten, die Mehrausgaben durch Verschuldung zu finanzieren. Dies erscheint dringend geboten. Das Land befindet sich in einer Ausnahmesituation. Hingegen sind die Kosten einer Verschuldung (Zinsen) gegenwärtig zu vernachlässigen. Geschieht dies nicht, dann werden die ohnehin seit vielen Jahren viel zu geringen öffentlichen Investitionen der Kommunen gänzlich zum Erliegen kommen. Es geht um Solidarität des Landes NRW mit den Kommunen. Gerade im strukturbenachteiligten Ruhrgebiet ist das unerlässlich. Die Landesverfassung NRW unterstreicht ausdrücklich die Verantwortung des Landes zur Sicherstellung des kommunalen Finanzbedarfs.

- Wir fordern deshalb, dass das Land NRW ab 2021 die krisenbedingten Einnahmeausfälle vollständig kompensiert.
- Darüber hinaus stellen wir fest, dass der „NRW Stärkungspakt“ (2010) umfassend gescheitert ist. Dies zeigt sich darin, dass zu geringe kommunale Einnahmen die strukturellen Nachteile vieler Kommunen nicht ausgleichen. Die kommunalen „Kassenkredite“ verharren auf Höchstständen. Zahlreiche Kommunen haben trotz 10 Jahre Wirtschaftswachstum höhere Schulden als 2010.
- NRW muss endlich konsequent für eine umfassende Lösung der „Altschuldenproblematik“ eintreten. Dies ist gemeinsam mit dem Bund herbeizuführen; notfalls aber auch – wie in Hessen und im Saarland – ohne den Bund. Ziel ist die Entlastung der am höchsten verschuldeten Kommunen.
- Eine Gemeindefinanzreform ist unausweichlich. Wir fordern eine Reform, die die Einnahmen der Kommunen verbessert und die Einnahmebasis dauerhaft stabilisiert.